

Kampfjet-Gegner stehen vor hartem Abstimmungskampf

- 09.01.2020
- Neue Zürcher Zeitung
- GEORG HÄSLER SANSANO, BERN

Die Linke hat am Mittwoch das Referendum gegen die neuen Kampfflugzeuge ergriffen - die Unterschriftensammlung dürfte eine Formsache sein GEORG HÄSLER SANSANO, BERN Sie haben den Gripen erfolgreich abgefangen, jetzt soll es auch beim nächsten Flugzeug-Projekt klappen: SP, Grüne und die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) haben am Mittwoch ihre gesammelten Schlagworte gegen den Ersatz der F/A-18 abgefeuert. Die Linke will keine «Milliarden für Luxuskampfjets» ausgeben, der Luftwaffe sei kein «Blankocheck» auszustellen, und überhaupt müsse die Bevölkerung über «die Katze im Sack» abstimmen, weil weder Typ noch Anzahl Jets bekannt sind. Doch es werde diesmal schwieriger als beim Gripen-Referendum 2014, räumten GSoA-Sekretär Lewin Lempert und auch Nationalrätin Priska Seiler Graf (sp.) vor den Medien ein. In der Tat unterscheiden sich die beiden Beschaffungsvorlagen grundsätzlich voneinander: Die Luftwaffe wollte mit dem Gripen E/F bloss einen Teil der Tiger-Flotte ersetzen.

Jetzt geht es dagegen um alles oder nichts, weil die F/A-18 trotz Massnahmen zur Verlängerung der Nutzungsdauer nur noch bis 2030 fliegen können. Eine Kakophonie der Militärfreunde, die den Kritikern die Argumente auf dem Silbertablett servieren, dürfte vor diesem Hintergrund ausbleiben. Geeinte Bürgerliche Nach dem verlorenen Gripen-Referendum und dem Bodluf-Debakel 2016 zog der damalige VBS-Chef Guy Parmelin (svp.) die Reissleine. Mit dem neuen «Air 2030» wollte er Angriffspunkte für die Gegner wie die «Papierflieger»-Polemik von Anfang an vermeiden.

Mit dem Bericht zur «Luftverteidigung der Zukunft» schaffte eine Expertengruppe zuerst eine intellektuelle Grundlage. Dann präsentierte der Bundesrat die Idee eines referendumsfähigen Planungsbeschlusses, der dem Volk nun die Möglichkeit für einen Grundsatzentscheid geben soll. Gegenüber der NZZ attestiert SVP-Sicherheitspolitiker Thomas Hurter dem VBS zudem eine klare Kommunikation über die Vorgaben: «Die Anbieter mussten die Flugzeuge und deren Leistung im Einsatz zeigen können.» Als Konsequenz schied der Gripen vor den Sommerferien aus der Evaluation aus, weil Hersteller Saab auf die Testflüge verzichtet hatte. Vor einem Jahr übernahm Viola Amherd (cvp).

) als neue VBS-Vorsteherin das Projekt «Air 2030». Sie holte nach dem Grundsatz «langsam, wenn's pressiert» eine Zweitmeinung ein und stellte sich dann im Wesentlichen hinter die Arbeit des Vorgängers. Die Kampfjet-Gegner müssen es im Abstimmungskampf mit einer beliebten und behertzt agierenden Bundesrätin aufnehmen. Der Wechsel an der Departementsspitze hat sich bereits auf die parlamentarische Beratung ausgewirkt. Der Anti-SVP-Reflex der Mitteparteien in Armeefragen spielte nicht mehr, die Reihen der bürgerlichen Parteien plus GLP haben sich hinter CVP-Bundesrätin Amherd geschlossen.

Der Planungsbeschluss ging in der Wintersession glatt durch die Räte. Höchstens Dissonanzen über die Höhe der Kompensationsgeschäfte könnten im Abstimmungskampf nachhallen. Nationalrätin Priska Seiler Graf (sp.) stellt deshalb wirtschaftliche Argumente in den Vordergrund. Der Schutz des Luftraums sei unbestritten, die Frage sei bloss, mit welchen Mitteln und mit wie viel Geld: «Um den Luftpolizeidienst auch in Zukunft zu gewährleisten, genügen auch leichte Kampfjets.

Solche kostengünstigen Alternativen wurden jedoch vom VBS nicht einmal geprüft.» Traditionelle SP-Militärpolitik Dieses SP-Alternativkonzept, das neben bewaffneten Trainingsflugzeugen auch eine starke Bodluftvorsieht, folgt der Tradition der sozialdemokratischen Militärpolitik. Sie setzt auf eine statische Verteidigung und hat sich seit je für eine «strukturelle Offensivbeschränkung» der Schweizer Armee eingesetzt, also den Verzicht auf Fähigkeiten und Mittel zum Angriff. Multifunktionsflugzeuge wie die Rafale oder die F-35 können dagegen auch offensiv eingesetzt werden. Der konzeptuelle Urstreit zwischen «Angreifern» und «Verteidigern», der übrigens bis über den Kalten Krieg hinaus auch armeeintern geführt worden war, dürfte im Abstimmungskampf mitschwingen.

Die Bürgerlichen werden die Frage auf ein Ja oder Nein zur Luftwaffe und damit zur Armee zuspitzen. Thomas Hurter sieht auch deshalb weniger Risiken als beim Referendum über den Gripen-Fonds: «Nur die Linken möchten eine Luftwaffe, die in Zukunft nur noch Support und Transporte macht.» Bis jetzt verläuft der Beschaffungsprozess für das neue Kampfflugzeug im Takt des VBS. Die Abstimmung dürfte am 27. September stattfinden, also knapp ein halbes Jahr vor dem Typenentscheid. Ein Hickhack über technische und geopolitische Präferenzen zwischen Gegnern und Befürwortern wird es deshalb wohl noch nicht geben.

Dennoch befürchten Nachrichtendienstkreise, dass es im Vorfeld der Abstimmung zu Beeinflussungsversuchen verschiedener Akteure kommen könnte. Desinformationen von Informationskriegern stellen somit möglicherweise das grössere Risiko für die Vorlage dar als die Schlagworte der Gegner..